

RAINER EPPELMANN

**Gottes doppelte Spur
Vom Staatsfeind zum
Parlamentarier**

Inhalt

Berlin ist zu, Berlin ist zu	10
Erster Akt politischen Widerstands: Bausoldat	31
Ausbildung zum „Totengräber der DDR“	66
Robert Havemann	112
Freunde und Gegner	139
Die friedliche Revolution	172
Der Übergang	210
Die Geburt einer neuen Heimat	233
Anhang	332
Anmerkungen	355

Erster Akt politischen Widerstands: Bausoldat

Am 24. Januar 1962, ein halbes Jahr nach dem Bau der Mauer mitten durch Berlin, beschloss die DDR-Volkskammer, das pseudoparlamentarische Akklamationsorgan der SED, die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen dem achtzehnten und dem fünfzigsten Lebensjahr einzuführen. Der Wehrdienst wurde auf eineinhalb Jahre festgelegt. Daraufhin trat die evangelische Kirche auf den Plan, weil es in den Jungen Gemeinden Männer gab, die vor dem Hintergrund der Nazivergangenheit Deutschlands erklärten, dass sie keine Waffe in die Hand nehmen würden. Die Kirchen forderten vom Staat, ein Kriegsdienstverweigerungsrecht zu schaffen, wie es in der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz verankert worden war.

Die SED kam diesen Bestrebungen wenigstens auf halbem Weg entgegen. Der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht hatte dem thüringischen Landesbischof Moritz Mitzenheim, der sich auf problematische Weise zunehmend von der SED instrumentalisieren ließ, in einem Gespräch Zugeständnisse in der Wehrdienstfrage versprochen. Am 7. September 1964 erließ der Nationale Verteidigungsrat der DDR eine Anordnung, in der es unter anderem hieß, dass Wehrpflichtige in der NVA einen waffenlosen Wehrdienst als sogenannte Bausoldaten leisten könnten, wenn sie „aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen“.

Bausoldaten trugen die Uniform der NVA. Die Unteroffiziere und Offiziere in den Baueinheiten waren eigens für diese Verwendung ausgesucht worden, wie ich später feststellte. Die DDR war damit mehr als zwanzig Jahre lang der einzige Staat

im sozialistischen Lager, der überhaupt so etwas Ähnliches wie ein Kriegsdienstverweigerungsrecht kannte. Meines Erachtens spielten dabei zwei Momente eine Rolle. Zuerst wirkten die furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs nach, die es schwermachten, den Pazifismus aus religiösen Gründen zu diskreditieren. Zweitens gab es auf Seiten des direkten politischen Widersachers, der immer wieder als militaristisch kritisierten Bundesrepublik, ein solches Recht, und da wollten die Einheitssozialisten nicht gänzlich zurückstehen.

Die Erfahrungen des letzten Krieges prägten auch manche jungen Männer, die lieber berufliche und soziale Nachteile in Kauf nahmen, als ihren Wehrdienst mit der Waffe abzuleisten. Denn das stellte sich gleich heraus: Wer sich für die Baueinheiten der NVA entschied, konnte seine berufliche Fortentwicklung meist in den Wind schreiben. Ich weiß nicht, ob es einen einzigen Bausoldaten gab, der an einer staatlichen Hochschule oder Universität der DDR zugelassen wurde. Neben pazifistischen und religiösen Motiven – „Du sollst nicht töten“ – gab es auch die Einsicht, dass sich die Spirale von Gewalt und Vergeltung nur durch den prinzipiellen Verzicht auf Gewalt durchbrechen ließ. Hinzu kam in einigen Fällen schließlich die nie öffentlich eingestandene Überzeugung, mit dem Regime der DDR möglichst wenig zu tun haben zu wollen.

Der letztgenannte Grund war für mich ausschlaggebend, als die Einberufung zur NVA auf mich zukam. Natürlich sagte auch ich nichts, was den Schluss hätte erlauben können, ich sei gegen den SED-Staat als solchen, sondern ich sprach mich nur gegen den Wehrdienst mit der Waffe aus. In Westdeutschland hätte ich den Dienst an der Waffe damals wahrscheinlich nicht verweigert.

Heute würde ich aber in keinem Land der Erde mehr als Soldat eine Waffe in die Hand nehmen – das ist eine zentrale Lehre aus meinem Leben. Diese Haltung brachte mich als

Bundestagsabgeordneten immer wieder in eine schwierige Lage. Das galt vor allem angesichts der Diskussionen über die Ausweitung des Verteidigungsauftrags der Bundeswehr. Auch ich, der ich mich zum Pazifismus bekenne, musste als Politiker alle denkbaren Mittel erwägen, um Gewalt zu bekämpfen. Was meine Haltung zur internationalen Konfliktbewältigung angeht, weiß ich mich ganz in der Nähe von kirchlichen und liberalen, auch sozialdemokratischen Positionen.

Zurück zum Lebenslauf. Die Waffendienstverweigerung war mein erster Akt bewussten politischen Widerstands. Ich war schon 1962 gemustert worden. Damals hatte ich die Absicht zu verweigern nicht erklärt, da die Bausoldatenanordnung noch nicht erlassen worden war. Wegen meines guten Gesundheitszustands wurde ich für die Panzer vorgesehen. Da ich gerade meine Lehre absolvierte, brauchte ich nicht sofort einzurücken. Zwei Jahre später, als ich meinen Gesellenbrief in der Tasche hatte, wurde ich zu einer Musterungsüberprüfung zitiert. Ein Offizier teilte mir mit, dass ich nun zur Panzerwaffe eingezogen würde. Ich widersprach, da es inzwischen eine andere rechtliche Lage in der DDR gab. Ich wolle mich an das Gebot „Du sollst nicht töten“ halten und sei folgerichtig nicht bereit, mich für das Töten anderer Menschen ausbilden zu lassen. Als der Offizier merkte, dass ich informiert war über meine Rechte, beruhigte er sich und sagte: „Na gut, Sie sind Arbeiter, also ein intelligenter Mensch, gehen Sie mal in den Nebenraum, schreiben Sie auf, warum und weshalb Sie keine Waffe nehmen wollen. Dann entscheiden wir.“ Es dauerte nicht lange, bis eine Kommission die Sache beraten hatte und mir mitteilte, wann und wo ich als Bausoldat einzurücken hätte.

So ungehobelt sich der Offizier zunächst verhalten hatte, möchte ich jedoch anmerken, dass ich dieses einfache Verfahren einer Gewissensprüfung aber jener vorzog, wie sie in West-

deutschland lange Jahre üblich war. Es ist mir bis zum heutigen Tag nicht wirklich begreiflich, wie eine Kommission oder ein Gericht die Gewissensnot eines jungen Mannes eruieren will.

Aber auch hier gilt, wie in vielen anderen Bereichen unseres Lebens in der DDR, dass es keine Rechtssicherheit gab. Wohl und Wehe hingen oft von demjenigen ab, in dessen Kompetenz Entscheidungen fielen. So hatte eine ganze Reihe von jungen Männern – beispielsweise der Bürgerrechtler Ralf Hirsch – Schwierigkeiten, als Verweigerer anerkannt zu werden. Fast auf verlorenem Posten stand dann der, der keine Unterstützung durch die Kirche fand.

Die Tatsache, dass man sich zu den Baueinheiten melden konnte, war weitgehend unbekannt. In der Propaganda wurde diese Möglichkeit einfach unterschlagen, während in den Broschüren, die an den Grenzübergängen für Reisende aus dem Westen auslagen, die DDR nicht versäumte, sich als einen toleranten Staat darzustellen, der niemanden zum Waffendienst zwingt. Wenn ein Wehrpflichtiger im Wehrkreiskommando zu erscheinen hatte, wies man ihn darauf hin, dass er z. B. zur Volksmarine, zu den Pionieren oder Panzern gehen könne. Von den Baueinheiten war keine Rede. Nur in den Kirchen wurde teilweise darüber informiert, dass es eine gesetzliche Möglichkeit gab, den Waffendienst zu verweigern. Die meisten Pfarrer scheuten sich allerdings, für den Bausoldatendienst Reklame zu machen.

Ich bin zusammen mit zwanzig anderen als zweiter Bausoldatenjahrgang nach Stralsund einberufen worden. Dort bezogen wir eine neu errichtete Kaserne mit bewachten Toren. Später wurde die Einheit nach Saßnitz auf Rügen verlegt. Wir waren allerdings viel unterwegs, denn wir mussten für die NVA bauen. So errichteten wir Lagerhallen und einmal einen Schieß- und Übungsplatz – das fiel uns schwer. Wir waren in Sechs- und Achtmannstuben mit Doppelstockbetten unterge-

bracht. Es gab für jeden einen Spind und einen Hocker, in der Mitte des Raumes standen zwei Tische mit eingelassenen Plastikplatten.

Einige meiner Kameraden waren sogar älter als ich. Man hatte sie schnell eingezogen, bevor sie keinen achtzehnmonatigen Wehrdienst mehr leisten mussten, sondern nur noch für Reserveübungen in Frage kamen. So hatte ich zum Beispiel einen Kfz-Meister aus Gramzow bei Prenzlau getroffen, der einen eigenen Betrieb besaß. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder. Natürlich machte er sich Sorgen, dass seine Werkstatt, die Verwandte für ihn weiterbetrieben, Schaden nehmen würde. Am ersten Tag wurden wir eingekleidet. Wir waren vollgepackt mit Uniformteilen und Ausrüstungsgegenständen, was die ständig brüllenden Unteroffiziere nicht davon abhielt, uns durch die Gegend zu scheuchen. Sie wollten uns von Anfang an einschüchtern.

Zu den beeindruckenden Erlebnissen des ersten Tags bei der NVA gehörte, dass wir zwei Bausoldaten vorfanden, die eineinhalb Jahre vor uns eingezogen worden waren. Sie mussten nachdienen, weil sie wegen Gelöbnisverweigerung im Gefängnis gesessen hatten. Einer von ihnen hieß Jörg Hildebrandt. Seine Frau Regine sollte nach dem Ende der DDR für die SPD Arbeits- und Sozialministerin im Land Brandenburg werden. Jörg Hildebrandt arbeitete nach seiner Entlassung aus der NVA als Lektor bei der Evangelischen Verlagsanstalt in Berlin. Jörg und sein Kamerad begrüßten uns und rieten, dass wir uns keine Angst einjagen lassen sollten.

Auch wenn wir nie eine Waffe trugen, marschieren und exerzieren mussten wir wie alle anderen NVA-Angehörigen. Manchen fiel es leicht, anderen schwer. Ein Kamerad, Hans-Joachim Ebert, hatte damit arge Probleme. Er war ein langer Schlacks und marschierte deshalb immer vorne, wo sein aus dem NVA-Rahmen fallender Schaukelgang besonders auffiel.

Das sollte ihm später zwei Monate mehr Gefängnis einbringen als mir.

Die Gründe, weshalb jemand sich für die Bausoldaten entschied, konnten sehr verschieden sein. Einer gab ganz offen zu, er sei Mitglied der SPD. Es gab in Ost-Berlin ja noch immer einen Unterverband der SPD, der für die SED natürlich illegal war. Die SPD im Westen hatte am 23. August 1961 zwar die Parteiarbeit im Ostteil Berlins „suspendiert“, weil man sich nicht mehr in der Lage sah, die Genossen im Osten zu schützen. Aber das erkannten nicht alle dort an, die sich jahrzehntelang über die deutsch-deutsche Grenze ihrer Partei verbunden fühlten. Später bin ich in der Samaritergemeinde einem alten Herrn begegnet, der sich ebenfalls noch als SPD-Mitglied verstand. 1987 habe ich dann bei einem Westbesuch einen Spitzenfunktionär der SPD gefragt, wie sich die Partei verhalten würde, wenn ich die SPD in der DDR wieder zum Leben erwecken würde, sie sei doch dort niemals verboten worden. Meine Frage stieß damals bei den West-Genossen auf keinerlei Resonanz.

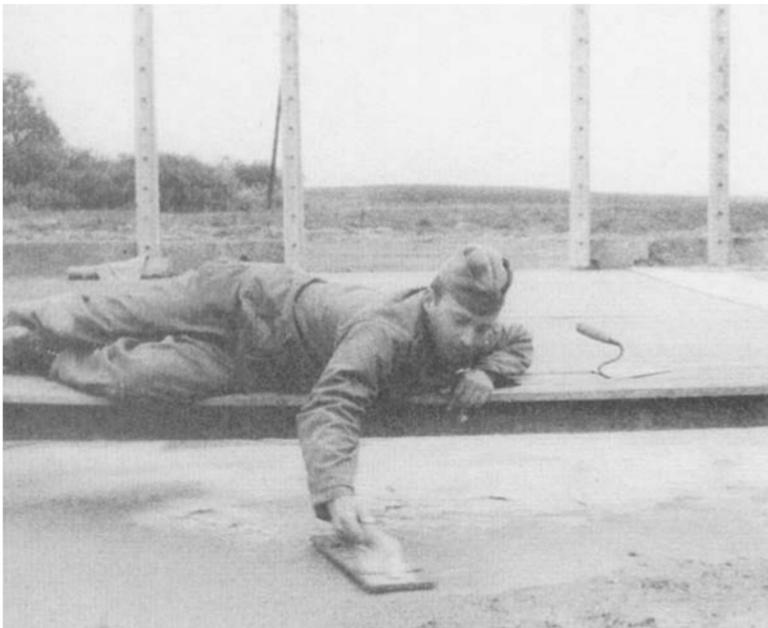
Die meisten meiner Kameraden hatten sich aus christlicher Überzeugung für den Dienst bei den Bausoldaten entschieden. Ich erinnere mich an Zeugen Jehovas, aber auch an solche, die aus den pietistisch geprägten Regionen des Erzgebirges oder überhaupt Sachsens kamen. Einige wenige waren Berliner. Für uns alle galt: „Du sollst nicht töten! Achte das Leben der anderen! Es ist ihnen wie dir von Gott geschenkt.“ Diese Grundeinstellung wurde bei jedem von uns noch durch die besondere biografischen Erfahrungen ergänzt.

Alle zwei bis vier Wochen hatten wir Ausgang, sonst durften wir die Kaserne nur zu dienstlichen Zwecken verlassen. Ein nichtiger Anlass reichte aus, um den Ausgang zeitweise ganz zu streichen. Diese Praxis diente der Disziplinierung, wobei sich die NVA auf diesem Feld wohl nicht grundsätzlich von

anderen Armeen unterschied. Insoweit erging es uns wie allen einfachen Soldaten.

Wir genossen allerdings ein Privileg, das in den bewaffneten Einheiten Neid erzeugte und vielleicht auch deshalb gewährt wurde: Wir durften einmal im Monat einen Gottesdienst besuchen, das heißt, wir hatten einen zusätzlichen Sonntagvormittagsausgang. Nach dem Frühstück begaben wir uns zum Gottesdienst und nach dessen Abschluss gleich wieder zurück in die Kaserne. Engere Beziehungen zu den Gemeinden dort konnten wir so allerdings nicht aufbauen, wechselten wir doch auch immer wieder den Standort und konnten über den Gottesdienstbesuch hinaus nicht am Gemeindeleben teilnehmen.

Nach Hause kamen wir in diesen achtzehn Monaten selten, denn die NVA stationierte ihre Wehrpflichtigen damals aus



Rainer Eppelmann als Bausoldat, 1967

Prinzip möglichst weit weg von ihren Heimatorten. Erst mein direkter Vorgänger als Verteidigungsminister, Admiral Theodor Hoffmann, hat als Angehöriger der letzten SED-geführten Regierung unter Hans Modrow begonnen, ein menschlicheres Verfahren zu praktizieren. In meiner Amtszeit achtete die NVA dann streng darauf, die Wehrpflichtigen in Heimatnähe unterzubringen, sodass sie ihren Wochenendurlaub zu Hause verbringen konnten.

In den ersten vierzehn Tagen meiner Bausoldatenkarriere sagte ich zwar meine Meinung, aber ich bemühte mich, niemanden zu provozieren. Im Fach Staatsbürgerkunde unterrichtete uns ein in Moskau ausgebildeter Major, während in den bewaffneten Einheiten ein Zugführer dafür zuständig war. Es waren dort meist Unterleutnants oder Leutnants, die nachbeteten, was in eigens zu diesem Zweck gedruckten Broschüren über die „Friedenspolitik der DDR“ ausgeführt wurde. Bei uns spielten diese Heftchen eine untergeordnete Rolle. Stattdessen mühte sich unser Major, uns von den Vorzügen des „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staats auf deutschem Boden“ und seiner Sicherheitspolitik gegenüber dem stets zur Aggression geneigten Imperialismus zu überzeugen. Er hielt uns für einen Anachronismus, für weltfremde Spinner, da in seinen Augen den Frieden nur der schütze, der sich bewaffnete. Es entwickelten sich leidenschaftliche Auseinandersetzungen. Ich weiß nicht, ob der Major seine Erkenntnisse an die Staatsicherheit weitergegeben hat. Möglicherweise bestand seine Aufgabe auch darin, unsere „negativen“ Ansichten aus uns herauszulocken. An diese Möglichkeit haben wir damals nicht gedacht. Für ihn war es ganz natürlich, dass uns, die wir ein „Sonderrecht“ beanspruchten, ein Studium an einer staatlichen Hochschule verwehrt wurde. Das stand zwar nicht im Gesetzbuch, aber immer wieder wurden in der DDR Menschen bestraft, weil sie ihnen zustehende Rechte nutzten. Da-

bei besaßen diejenigen, die dafür verantwortlich waren, kein schlechtes Gewissen, sondern sie waren fest davon überzeugt, dass sie richtig handelten.

Als Begründung dafür, dass einem das Studium verweigert wurde, verwiesen die Behörden jedoch nicht darauf, dass man Bausoldat gewesen sei. Stattdessen erklärte der Staat, dass jene, die studierten, später in besonderer Weise Verantwortung und auch leitende Funktionen übernehmen. Und da wollte die SED nur Leute sehen, die vorbehaltlos zu „unserer DDR“ und ihrer Partei- und Staatsführung standen. Dazu zählten im Verständnis der Herrschenden keinesfalls jene, die sich weigerten, den Arbeiter-und-Bauern-Staat mit der Waffe zu beschützen.

Wenn ich später als Pfarrer mit staatlichen Funktionären über Menschenrechte diskutierte und ihnen vorwarf, dass sie diese verletzen, obwohl die DDR mit ihrem Beitritt zur UNO doch deren Menschenrechtscharta zugestimmt habe, erwiderten die Funktionäre selbstherrlich: „Herr Eppelmann, Sie legen diese Charta bürgerlich aus, wir interpretieren sie aber sozialistisch-fortschrittlich.“

Nach vierzehn Tagen Grundausbildung sollten wir unser Gelöbnis ablegen. Wir trugen als Bausoldaten zwar keine Waffen, aber auch wir sollten der DDR „allzeit treu dienen“. Wir stellten außerdem fest, dass im Text stand, wir müssten unseren Vorgesetzten „unbedingten Gehorsam“ leisten. Mir fiel ein, dass sich nach 1945 viele Soldaten und Offiziere der Wehrmacht auf einen Befehlsnotstand berufen hatten. Zu ihnen zählte auch der Organisator der „Endlösung der Judenfrage“, Karl Adolf Eichmann, dem 1961/62 in Israel der Prozess gemacht worden war. Auch er hatte behauptet, beim Völkermord nur mitgemacht zu haben, weil andere es befohlen hätten.